

Wut über Diäten-Erhöhung wächst

von Peter Ehrlich und Kai Beller (Berlin)

Vor allem in der SPD-Fraktion regt sich der Unmut über die zweite Anhebung der Abgeordnetenbezüge binnen kurzer Zeit. Dabei hatte die Koalition angekündigt, dass die nächste Erhöhung frühestens 2010 erfolgen soll.

Die schleswig-holsteinische Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion beschloss, der Anhebung der Abgeordnetenbezüge ab 2009 nicht zuzustimmen. "Ich fände es gut, wenn in die Sache wieder Bewegung kommt", sagte der Abgeordnete Hans-Peter Bartels aus Kiel der FTD. Er hoffe darauf, dass sich mehr Abgeordnete dieser Haltung anschließen, wenn sie vor der endgültigen Bundestagsentscheidung die Reaktionen der Bürger in den Wahlkreisen gehört hätten. Auch SPD-Abgeordnete aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen wollen die Erhöhung ablehnen.

In der CDU/CSU-Fraktion will der CDU-Mann Clemens Binniger aus Baden-Württemberg der Erhöhung nicht zustimmen. Mit der Ende 2007 beschlossenen Erhöhung sei das Potenzial für 2008 und 2009 ausgeschöpft worden. "Ich sehe erst ab 2010 wieder Spielraum für höhere Bezüge", sagte Binniger. Zum 1. Januar 2009 soll die monatliche Abgeordnetenentschädigung um zusätzliche 278 Euro auf 7946 Euro steigen. Eine weitere Anhebung ist für 2010 geplant.



SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz lehnt die Erhöhung ab

Die Kritik der Abgeordneten an ihren Fraktionsführungen entzündet sich auch daran, dass es in der Gesetzesbegründung für die damals beschlossene deutliche Erhöhung zum 1. Januar 2008 und eine weitere Anhebung ab 2009 hieß, damit werde die "voraussichtliche Steigerung der durchschnittlichen Erwerbseinkommen bis zur nächsten Anpassung der Abgeordnetenentschädigung frühestens im Jahr 2010 berücksichtigt". Dies könne man als Selbstbindung des Parlaments interpretieren, sagte der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz, der die Diätenerhöhung ebenfalls ablehnen will.

"Fehler in der Formulierung"

Der Justiziar der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Götzer, räumte einen Fehler bei der damaligen Formulierung ein. "An den bevorstehenden Tarifabschluss haben die Experten damals möglicherweise nicht gedacht", sagte Götzer.

Mit der Diätenerhöhung im vergangenen Jahr wurden die Bezüge der Parlamentarier an die Einkommensentwicklung von Bundesrichtern gekoppelt. Erhalten die Richter mehr Geld, darf sich auch das Parlament einen Zuschlag genehmigen. Mit dem Mechanismus wollten sich die Koalitionsparteien die Raffgier-Debatten um die Diäten ersparen. Doch nun stehen ihre Bezüge erneut im Rampenlicht, weil sie das Gehaltsplus im öffentlichen Dienst auf die schon vollzogene Diätenerhebung draufsatteln wollen.

Auf dem Internetportal "Abgeordnetenwatch" müssen sich die Parlamentarier unangenehme Fragen zu den Plänen gefallen lassen. Bürger können dort ihre Fragen an die Abgeordneten loswerden. Die SPD-Abgeordnete Uta Zapf macht aus ihrer Ablehnung keinen Hehl: "Auch wenn hier nur ein Gesetz vollzogen wird, ist es politisch unklug und überflüssig, nach einer gerade erfolgten Anpassung eine zweite folgen zu lassen. Wir hätten bis 2010 warten und dann eine erneute Anpassung beraten können." Auch ihr Kollege Klaus Barthel (SPD) äußerte großes Verständnis für die Kritik.

FTD.de, 08.05.2008

© 2008 Financial Times Deutschland, © Illustration: AP

ZUM THEMA

- [Was Abgeordnete verdienen](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Was%20Abgeordnete/279950.html)
(http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Was%20Abgeordnete/279950.html)
- [Kommentar: Abgehobene Abgeordnete](http://www.ftd.de/meinung/kommentare/:Kommentar%20Abgehobene%20Abgeordnete/352110.html)
(http://www.ftd.de/meinung/kommentare/:Kommentar%20Abgehobene%20Abgeordnete/352110.html)
- [Noch mehr Geld für Abgeordnete](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Noch%20Geld%20Abgeordnete/351944.html)
(http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Noch%20Geld%20Abgeordnete/351944.html)